



Doris Barnett
Angelika Glöckner
Gustav Herzog
Thomas Hitschler (Sprecher)
Isabel Mackensen
Detlev Pilger
Gabi Weber
Dr. Joe Weingarten

Mitglieder des Deutschen
Bundestages

10 Punkte zur Industrie- und Wirtschaftspolitik für Deutschland und Rheinland-Pfalz

Vorschläge und Ziele der Landesgruppe Rheinland-Pfalz in der SPD-Bundestagsfraktion

Verabschiedet am 12. Mai 2021

Besucheranschrift

Paul-Löbe-Haus
Raum 5 644

Postanschrift

Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 - 70465

Fax: 030 / 227 - 76701

Homepage: www.spd-landesgruppe-rlp.de

E-Mail: rlp-ig.spd@bundestag.de



1. Herausforderungen: Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Was wir wollen:

- Für Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa Handlungsfelder definieren und Maßnahmen angehen, die den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gleichermaßen entsprechen und sie in ein **schlüssiges Konzept der Transformation unserer Wirtschaft** zusammenfassen.
- **Auf allen Ebenen** mit ausgearbeiteten Strategien reagieren: in den besonders betroffenen Branchen, in den betroffenen Unternehmen und bei den dort Beschäftigten und ihren Arbeitsplätzen.
- Eine aktive Gestaltung der Veränderungen hin zu einer **sozial-ökologischen Marktwirtschaft**, in der die Forschungs- und Entwicklungsstärke unserer exzellenten Wissenschaftsstandorte noch stärker für die Innovationskraft der Unternehmen nutzbar gemacht wird.

Unsere sehr breit entwickelte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ist von vielen Seiten einem **hohen Veränderungsdruck** ausgesetzt. Die voranschreitende Digitalisierung und die weltweit notwendigen Maßnahmen zum Stopp der Erderwärmung mit der zentralen Gegenmaßnahme der **Dekarbonisierung** gehören dazu. Aber auch die **globalisierte Konkurrenz** mit der Verlagerung von Produktions- und Industriestätten ins nichteuropäische Ausland bringt erhebliche neue Herausforderungen für unsere Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsweise mit sich. Die Verknappung und die hohen Umweltkosten des Ressourcenverbrauchs zwingen zur **Nachhaltigkeit**. Das Ergebnis: die **digitale und ökologische Transformation** verändert auf breiter Front Produkte, Wertschöpfungs- und Lieferketten, Produktionsprozesse, Arbeitsbeziehungen und Qualifikationsanforderungen.

Der zunehmende **Protektionismus** großer Staaten wie den USA oder China setzt die exportabhängige deutsche Wirtschaft unter Druck. Die chinesische Staatswirtschaft und die marktbeherrschenden amerikanischen Internet-Konzerne greifen das Modell der sozialen Marktwirtschaft an. Und der **Zeitdruck** wächst: Die nächsten zehn Jahre bringen wichtige Weichenstellungen mit sich und werden über die Zukunft unserer Industriegesellschaft mitentscheiden. Die erfolgreiche Gestaltung der Transformation unserer Wirtschaft bestimmt dabei unsere Chancen. Dabei treffen die **Industrie** die Veränderungen am härtesten, aber der Wandel geht weit über industrielle Kernthemen hinaus, denn ein erheblicher Teil unserer **Dienstleistungsberufe und -branchen** ist unmittelbar von industrieller Produktion abhängig oder von ihr bestimmt.

Wir stehen zu einer **aktiven Industrie- und Wirtschaftspolitik**: die **positive Regulierung** durch einen klaren und verlässlichen Rechtsrahmen, eine Unterstützung unserer wirtschaftlichen Stärken und die Ermutigung zum Einstieg in neue, zukunftsversprechende Felder von Industrie und Wirtschaft ist unser Ziel.



2. Rheinland-Pfalz – führend in Innovation, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Was wir wollen:

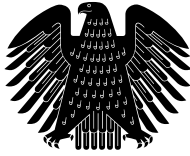
- Rheinland-Pfalz mit der Transformation zu einer der **weltweit innovativsten, sozial gerechtesten, und nachhaltigsten Regionen** machen.
- Die **traditionellen Stärken unserer Industrie erhalten** und auch weiterhin ein führender Chemie-, Maschinenbau- und Fahrzeugzulieferstandort sein.
- Neue **Produkte und Produktionsformen**, die weltweit Standards setzen für Innovation, Effizienz, sparsamen Energie- und Ressourcenverbrauch, faire und verantwortliche Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit.
- Eine **Gründungsoffensive**, um Wertschöpfung für die Industrie zu ermöglichen und neuen Dienstleistungen und Geschäftsmodellen eine Chance zu geben.
- Die rheinland-pfälzische Wirtschaft als **Partner der Welt** bei den Produkten, die die Menschheit in den nächsten Jahrzehnten vorrangig braucht: **Energieerzeugung und -verteilung, Bildung, Mobilität und Gesundheitswirtschaft.**
- **Regionale Innovationscluster** in den Industriebranchen und -regionen unseres Landes, vor allem der Automobilzulieferindustrie, unterstützt aus Mitteln des Bundes.

Ein Industrieland wie Rheinland-Pfalz mit seinen traditionellen Stärken in der **Chemieindustrie, im Maschinenbau und in der Fahrzeugindustrie**, seinem hohen Anteil an mittelständischen Unternehmen und seiner **Exportquote von rund 58 %** ist durch die Transformationsprozesse in besonderer Weise heraus gefordert. Vorderpfalz und Koblenzer Becken, Naheland- und Westpfalz, Eifel, Rheinhessen und Naheland konkurrieren mit dem Silicon Valley und Shenzhen um Ideen, Innovationen, nachhaltige Lösungen und gut ausgebildete Fachkräfte aus der ganzen Welt.

Rheinland-Pfalz ist ein Zukunftsland, ein **Land im andauernden wirtschaftlichen Wandel**. Wir haben seit der zivilen und militärischen Konversion nach 1990 große Erfahrungen mit dem Wandel der Industrie. Unter sozialdemokratischer Verantwortung hat es in der West- und Südwestpfalz, im Norden unseres Landes, an der Nahe und im Westerwald in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Strukturwandel mit dem Aufbau neuer Wissenschaftseinrichtungen, dem Transfer von Know-how in die Wirtschaft und der Gründung und dem Wachstum vieler mittelständischer Erfolgsunternehmen gegeben.

Andere Wirtschaftsregionen der Welt suchen dabei die Konkurrenz mit uns. Um unser Land an der Spitze der Innovation zu halten, müssen wir uns auf Wirtschaftsfelder konzentrieren, in denen Innovation möglich ist und sich nicht schon ein uneinholbarer Vorsprung ausländischer Unternehmen abzeichnet.

Dazu gehört vor allem die **Verbindung von Digitalisierung mit Produktionstechnik (Industrie 4.0)**. Bei alledem wollen wir die in der Industrie und den sie begleitenden Dienstleistungsbranchen beschäftigten Menschen mitnehmen und schützen: **Beschäftigungsziele stehen für uns gleichrangig neben Klimazielen**. Und die Reihenfolge muss stimmen: Wir bauen erst Neues auf und dann Überlebtes ab.



3. Digitalisierung

Was wir wollen:

- **Neue Unternehmen, Geschäftsmodelle, Berufe, Güter und Dienstleistungen** durch die Digitalisierung entstehen lassen.
- Die aus der Digitalisierung entstehenden Möglichkeiten nutzen, um **wirtschaftlichen Erfolg, kulturelle Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe** gleichermaßen zu organisieren.
- Große **Investitionen in Infrastruktur und Bildung** und die Öffnung neuer und unbürokratischer Finanzierungsmöglichkeiten für **Start-Ups**, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Technologieunternehmen zu sichern.
- Finanzielle Unterstützung und Beratung für Gründer/innen durch ein **Gründungsstipendium**, auch im Land.
- Wirtschaft und Wissenschaft zur Nutzung der Künstlichen Intelligenz vernetzen, eine neue **Forschungsinitiative zu KI**, auch im Hinblick auf Mobilitäts-Fragen.
- Unterstützung des international führenden **Kompetenzfeldes „Funktechnologie“ (5G) in Kaiserslautern**.
- Eine zielgerichtete Unterstützung der **Games-Branche**, auch im Hinblick auf ihre innovativen Beiträge zu industriellen Anwendungen.
- Gezielte Maßnahmen in der **Medizinbranche** und im **Krankenversicherungsbereich**, etwa im Raum Koblenz.
- Ein **leistungsfähiges 5G-Netz** schaffen und **erste Schritte ins 6G-Netz** tun.

Die Digitalisierung bietet **große Chancen zur gesteigerten Wertschöpfung** in unserer Wirtschaft und zur positiven gesellschaftlichen und kulturellen Gestaltung. Sie kann Ausdruck von Freiheit und Wohlstand werden. Sie prägen schon heute viele Branchen in Rheinland-Pfalz. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen. Der **Schlüsseltechnologie Künstliche Intelligenz** kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Deswegen ist die KI-Agenda des Landes die richtige Antwort. Sie stärkt den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz mit zusätzlichen Professuren, schafft Anwendungslabore und baut die Netzwerke zwischen Forscherinnen und Forschern und den kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land aus. Denn sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Dabei brauchen gerade mittelständische Unternehmen Hilfe. Mit dem Digitalbonus RLP unterstützt die Landesregierung von Rheinland-Pfalz deshalb zurecht gezielt kleine und mittlere Unternehmen bei weiteren Digitalisierungsschritten. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat richtigerweise dazu ein **Landesförderprogramm** zur Begleitung und Unterstützung der Unternehmen im Innovationsprozess aufgelegt. Mit einem Zuschussprogramm werden Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen unterstützt. Die Landesregierung legt außerdem den Wachstumsfonds Rheinland-Pfalz auf. Diese innovativen Ansätze wollen wir mit Mitteln, Programmen und Zielsetzungen des Bundes verzahnen. Durch die Innovationskraft der Digitalisierung werden nicht nur neue Konsumgüter und Dienstleistungen entwickelt. **Industrie-Prozesse werden automatisiert, verknüpft und optimiert**. Der neue 5G-Mobilfunkstandard wird diesen Prozess weiter beschleunigen. Er ermöglicht die Echtzeitkommunikation zwischen Sensoren und damit einen großen, neuen Datenschatz, der Aufschluss über Strukturen und Muster gibt, die vorher nicht zu erkennen waren. Das 6-G-Netz schafft zusätzliche Möglichkeiten des Datentransfers.



4. Gesellschaftliche Akzeptanz

Was wir wollen:

- **Gesellschaftliche Diskurse** um eine demokratische und soziale Gestaltung und Anwendung neuer Technologien wie KI mit Vertretern aus Regierung, Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.
- **Klare gesetzliche, auch arbeits- und sozialrechtliche Regeln**, deren Einhaltung kontrolliert wird und bei Verstößen wirksame Sanktionen vorsieht.
- Selbstständig Erwerbstätige auf **Plattformen** müssen das Recht haben, sich zu organisieren und Kollektivverhandlungen über ihre Arbeitsbedingungen zu führen.
- Entscheidungen mit rechtlicher oder ähnlicher erheblicher Wirkung dürfen nicht allein Maschinen oder Algorithmen überlassen werden. Entscheidungen über Menschen, bspw. Änderungen von Tätigkeiten, Arbeitsabläufen und Arbeitsmenge dürfen nur durch Menschen und nicht durch Maschinen getroffen werden.
- Die Stärkung von **Selbstbestimmung und Schutzrechte bei mobiler Arbeit**.
- Wirtschaftliche und rechtliche Gleichberechtigung von **Frauen in der industriellen Arbeitswelt** und Maßnahmen zur Stärkung der Diversität in den Unternehmen.
- Einen **fairen Wettbewerb in der Plattformökonomie**.
- Die Gründung einer **Transformationsakademie**, um insbesondere KMU zu beraten und zu unterstützen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu qualifizieren.
- **Regionale Innovationsräte** unter Beteiligung von Unternehmen, Verbänden, Betriebsräten und Gewerkschaften.

Digitalisierung kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn wir die **gesellschaftliche Akzeptanz** neuer Technologien wie KI fördern: Entwicklungen und Anwendungen müssen grundrechtskonform entstehen, so dass nicht technische Systeme über Menschen entscheiden. Hierfür wollen wir klare Standards und Rahmenbedingungen für Entwicklung und Einsatz von selbstlernenden Systemen entwickeln und umsetzen.

Digitalisierung verändert **Formen und Inhalte von Arbeit**. Deshalb müssen wir in der Transformation Plattformarbeit neu regulieren: Digitale Vernetzung ermöglicht neue Arbeitsformen wie „Crowdworking“, die einerseits Erwerbs- und Einkommenschancen bieten, andererseits aber oftmals wenige oder gar keine Mindeststandards hinsichtlich Bezahlung, Arbeitszeit, Arbeitsschutz Mitbestimmung und rechtlicher wie sozialer Sicherheit für die Betroffenen bieten. **Plattformarbeit darf nicht zur Aufweichung sozialer und rechtlicher Standards führen**. Grenzen müssen auch beim **Einsatz von selbstlernender, autonomer Software zur Steuerung ganzer Wertschöpfungsketten** gezogen und Grund- und Mitbestimmungsrechte gewährleistet und gestärkt werden.

Um die Mittel des Bundes zur Transformation effizient einzusetzen und den dazu notwendigen Dialog zwischen Wirtschaft und Gesellschaft anzustoßen, halten wir die Errichtung von **bundeslandspezifischen Transformationsräten** nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz für notwendig. Außerdem sollen **regionale Transformationscluster** geschaffen und mit diesen Maßnahmen die gesellschaftliche Akzeptanz vor Ort gestärkt werden.



5. Aktive Klimapolitik und Nachhaltigkeit

Was wir wollen:

- Rheinland-Pfalz in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 über **Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien klimaneutral** machen.
- Nicht den Rückbau von Kapazitäten im verarbeitenden Sektor, sondern die **Verbindung von Wasserstoff mit seiner industriellen Nutzung**.
- **Ausbau des überregionalen Stromnetzes** und der Verteilnetze für Wasserstoff.
- Ausbau und Modernisierung (Repowering) von **Windkraftanlagen**.
- Entwicklung, Kommerzialisierung und Bau von **Speicheranlagen**.
- **Dauerhafte Reduktion der EEG-Umlage und die Umlage-Befreiung von Eigenstromerzeugung**, um mehr Planungssicherheit, Preisstabilität und wirtschaftliche Anreize zu schaffen.
- Ein umfassendes **Beratungsprogramm Ressourceneffizienz**.
- Förderung des Innovationspotentials der **Feuerfest-Industrie** zur Energieeinsparung.
- **Modernisierung des öffentlichen Vergaberechts** mit der Einbeziehung eines Nachhaltigkeitsfaktors zur Stärkung regionaler und ökologischer Kriterien sowie zur Förderung innovativer Baustoffe, Materialien und Technologien.
- Starkes **Tariftreugesetz**; staatliche Zuwendungen nur noch an solche Unternehmen, die grundlegende Tarifstandards einhalten.
- Einhaltung und Weiterentwicklung des **Lieferkettengesetzes**, auch um eine globale Klimapolitik zu unterstützen.
- Unterstützung des Einsatzes von **Holz und nachwachsenden Rohstoffen** im Bau.
- Entbürokratisierung, Verkürzung der Bearbeitungszeiten und **Beschleunigung der Genehmigungen** von Maßnahmen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz und zur Erleichterung von Unternehmensgründungen.

Kernpunkt der Maßnahmen gegen den fortschreitenden Klimawandel in der Industrie ist die **Dekarbonisierung** – die Entfernung des Kohlenstoffdioxid-Ausstoßes aus der industriellen Produktion. Deutschland soll bis 2045 klimaneutral sein. Damit stellt sich die Idee der Dekarbonisierung hinter die Industrie, Industrielle Produktion und die Strukturen, die Deutschland auch schon in der Vergangenheit erfolgreich gemacht haben.

Mit der Wasserstoffstrategie hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt für die Dekarbonisierung der Schwerindustrie vorgegeben. Im Gegensatz zu Industrieprozessen, die mit Strom angetrieben werden, kann ein mit Kohle betriebener Hochofen nicht direkt mit einem grünen Strom betrieben werden. Wenn aus dem grünen Strom hingegen Wasserstoff hergestellt wird, kann dieser Wasserstoff in modernen Hochöfen als Kohle-Ersatz fungieren und damit die Stahlproduktion zur Klimaneutralität hinführen. Das Innovationspotential hinter der Wasserstoff-Technologie bietet eine große Chance für den Entwicklungsstandort Deutschland. Aber sowohl im Anwendungs- als auch im Produktionsbereich steckt die Wasserstofftechnologie heute noch in den Kinderschuhen.

Digitalisierung und Klimapolitik müssen zusammen gedacht und klimagerechte Produktionsweisen gefördert und Nachhaltigkeit durch Anforderungen an Reparierbarkeit, einheitliche Standards für Schnittstellen sowie Wiederverwendbarkeit von Materialien (Kreislaufwirtschaft) und die Einhaltung des Lieferkettengesetzes gestärkt werden.



6. Mitbestimmung und Qualifizierung

Was wir wollen:

- Starke **Gewerkschaften und Betriebsräte**, die die Veränderungen der Arbeitswelt aktiv durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mitgestalten.
- Verbesserten Zugang von Betriebsrätinnen und -räte zu Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Ein **individuelles Recht auf Qualifizierung** der Beschäftigten, damit die Digitalisierung nicht zu Risiken und verringerter Teilhabe führt.
- Eine landesweite **Qualifizierungsoffensive**.
- Beibehaltung des **Rechtsanspruches auf Homeoffice** über die Corona-Pandemie hinaus.
- **Rückkehrrechte in Vollzeit** und praktikable Modelle dazu für Menschen in Teilzeitbeschäftigung.
- **Weiterentwicklung des Kurzarbeitergeldes in ein Transformationskurzarbeitergeld**, um die Umstrukturierungs- und Überbrückungsphasen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur Sicherheit im Wandel der Arbeitswelt beizutragen.
- Erhöhung des allgemeinen **Mindestlohns** auf mindestens **12 Euro**.

Kern unserer Industriepolitik ist, dass bestehende Standorte und Wertschöpfungsketten und damit auch hochwertige Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben. Dazu müssen die neuen Techniken, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, genutzt werden. Aber wir müssen vor allem auch die Menschen mitnehmen. Bei allen Umwälzungs- und Veränderungsprozessen in der Welt muss die **soziale Frage weiterhin zentral** bleiben: Nur durch eine sozial verträgliche Umgestaltung der deutschen und europäischen Wirtschaftsstruktur und Wertschöpfungsketten kann die Stabilität unserer Gesellschaft gewahrt werden. Nur durch eine Transformation, die alle mitnimmt, eine Zukunftsperspektive für die ganze Gesellschaft (nicht nur die urbanen Eliten), können die in ganz Europa auftauchenden politischen Umsturz-Ideologien eingedämmt werden.

Die Corona-Pandemie hat die **Herausforderungen der Arbeitswelt** noch einmal klarer aufgezeigt und gleichzeitig verstärkt. Tarifgebundene Betriebe mit starker Sozialpartnerschaft sind beispielsweise durch bestehende Vereinbarungen für Homeoffice und der Aufstockung von Kurzarbeitergeld besser durch die Krise gekommen: Die **Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte** lohnt sich.

Die Unternehmensmitbestimmung ist ein wichtiger Baustein, um die notwendige Transformation der Industrie zu schaffen. Es ist ein großer Vorteil, die Kompetenz der Sozialpartner auch in der Transformation zu sichern und zu stärken. Angesichts digital erweiterter Möglichkeiten zur Verlagerung von Arbeit und Standorten bedarf es einer **Erweiterung der Mitbestimmungsrechte** von Interessenvertretungen. Darüber hinaus ist die Mitbestimmung durch einen erweiterten Arbeitnehmerbegriff zu definieren, der externe, längerfristig in betriebliche Prozesse eingebundene Erwerbstätige mit einbezieht. Nötig ist auch die frühzeitige Einbeziehung bei Konzeption und Einführung digitaler Systeme inklusive KI, so dass Kriterien menschengerechter Gestaltung von Arbeit bereits bei der Entwicklung von Technik mitgedacht werden können.



7. Aus- und Weiterbildung

Was wir wollen:

- Befähigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Umgang mit veränderten Geschäftsprozessen, schon beginnend mit der Ausbildung.
- **Qualifizierungsangebote und -strukturen**, die Auszubildende, Beschäftigte, Betriebe und Bildungseinrichtungen gleichermaßen umfassen.
- In den Bereichen Beschäftigung, Qualifizierung und Weiterbildung, neue Projekte und Förderansätze zu entwickeln.
- Nachhaltige Maßnahmen zur Bekämpfung des **Fachkräfte-Mangels** durch Qualifizierungsmaßnahmen.
- **Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Berufsschulen** und **kontinuierliche Qualifizierung der Lehrenden** in den Bereichen Prozessdigitalisierung, digitale Produktion sowie Medienproduktion und -didaktik.
- Das **lebenslange Lernen** muss sowohl für Arbeitskräfte aller Qualifikationsniveaus als auch für Arbeitgeber zur Selbstverständlichkeit werden und entsprechend gefördert werden.

Digitalisierung ist ein organisatorisches und mitarbeiterbezogenes Thema. Um die in der Transformation der Wirtschaft steckenden ökonomischen und ökologischen Zukunftschancen für Rheinland-Pfalz umsetzen zu können, brauchen wir gut ausgebildetes Personal, innovative Geschäftsideen und Unternehmen, die diese umsetzen können.

Die **Arbeitswelt** hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten stark verändert. Sie ist mobiler und schneller geworden, Stress und psychische Erkrankungen haben zugenommen. Die Tarifbindung ist in dieser Zeit stark zurückgegangen, prekäre Arbeitsformen greifen um sich. Die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts sind immens, denn es gilt die ökologische und digitale Transformation erfolgreich zu bewältigen, ohne dass die beschriebenen Verwerfungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiter zunehmen.

Weiterbildung und Qualifizierung haben eine Schlüsselfunktion für einen sozial gerechten Wandel. Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-Morgen-Gesetz wurden wichtige Pakete auf den Weg gebracht, um Bildung zu fördern, bevor Menschen arbeitslos werden. Das muss frühzeitig ansetzen:

Damit Unternehmen weiterhin zukunftsfähig agieren können, ist es wichtig, das Know-how und die Fähigkeiten der Beschäftigten mit passenden Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten auszubauen. Sie werden dabei nachhaltig durch unsere Politik unterstützt. Der technologische Wandel wird mit weitreichenden Veränderungen für die Arbeitswelt einhergehen, weil sich sowohl Anforderungsprofile innerhalb von Berufen ändern, aber auch neue Berufe entstehen werden und alte verloren gehen.



8. Zukunft für den Industriestandort Rheinland-Pfalz durch Forschung, Wissenschaft und Transfer

Was wir wollen:

- Verstärkte **Zusammenarbeit** zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Akademien, mehr und bessere **Schnittstellen**.
- Ausbau der Gründer- und Technologiezentren, der existierenden IT-Netzwerke und der neu entstandenen Digital Hubs.
- Die Stärkung einer Wissenschaftsstruktur, die zumindest **in zwei Bereichen Weltspitze** ist: die Verbindung von **Elektrotechnik, Maschinenbau und IT** an und im Umfeld der Technischen Universität Kaiserslautern und von **Medizin, Life Sciences und Biotechnologie** an und im Umfeld der Johannes-Gutenberg-Universität und der Universitätsmedizin in Mainz.
- Die Unterstützung des Ausbaus der Region Mainz und Rheinhessen zu einem weltweit führenden Standort der **Biotechnologie** aus Mitteln des Bundes.
- Das erfolgreiche Zusammenwirken des Kompetenzzentrums Mittelstand 4.0, der Smart-Factory, dem Institut für Technologie und Arbeit (ITA) an der TU Kaiserslautern und der dort ansässigen Forschungsinstitute weiter stärken.
- Durch die Schaffung **dezentraler Technologie-Cluster** Unternehmen und Forschungseinrichtungen in wichtigen Schlüsseltechnologien wie etwa Speichertechnologien und Digitalisierung oder Biotechnologie im Verbund zu bundesweiten Leuchttürmen aufbauen.

Als Gesellschaft haben wir ein Interesse daran, zukunftsweisende Forschung zu fördern und damit die Basis für den Wohlstand unseres Landes zu legen. Markterschließung und Innovationen sind Sache der Unternehmen: innovative und effiziente Produkte sichern ihnen zukünftige Marktchancen. Aber der Staat muss Partner sein bei Forschung, Entwicklung und Innovationstransfer. Innovationen sind oftmals teuer, aufwendig, riskant und gerade für mittelständische Unternehmen schwer zu erreichen. Im Wettbewerb mit Weltregionen, die Klimaziele langsamer umsetzen und deshalb kurzfristige Kostenvorteile haben, ist es notwendig, die betriebswirtschaftlichen Kosten von Innovationen auszugleichen. Gerade als Standort der Biotechnologie und Pharmazie mit weltweit führenden Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen haben wir große Zukunftschancen.

Unsere leistungsstarken Universitäten, aber auch die anderen Universitäten und die in der Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft sehr erfolgreichen (Fach-) Hochschulen des Landes sind Grundlage unserer Innovations- und Transformationsstrategie. Das **RP Tech Institute**, das etablierte Unternehmen und Gründende mit der Wissenschaft zusammen bringen und gemeinsame Lösungen erarbeiten soll, ist eine sinnvolle und notwendige Ergänzung dieser Einrichtungen.

Besondere Bedeutung für die Automobilindustrie im Land kann die in Kaiserslautern geplante **Batteriezellenfertigung** von Stellantis/Opel haben. Um sie herum sollte ein Kompetenzzentrum zu elektrischen Speichern im Fahrzeugbereich entstehen.



9. Automobil- und Maschinenbau, Stahl und Eisen

Was wir wollen:

- Existierende **Wasserstoffstrategie für Nutzfahrzeuge** weiter entwickeln.
- Die **Förderung der Transformation** in der Industrie muss zum Teil generell (Infrastruktur, Bildung) branchenspezifisch, zum Teil auch mit **regionalen Schwerpunkten** erfolgen. Unterstützt und gefördert werden mit EU-, Bundes- und Landesmitteln sollten zentrale Branchen und Regionen:
- Automobilzulieferindustrie: Vorder- und Südpfalz, Nord- und Westpfalz, Koblenz/Mittelrhein, Hunsrück und Nahe-Region. Eifel & Mosel, Westerwald, Altenkirchen/Siegerland, Raum Trier.
- Automobilbau: Süd- und Westpfalz
- Metallindustrie, Stahl und Guss: Koblenz/Mittelrhein, Westpfalz, Eifel
- Medizintechnik: Koblenz/Mittelrhein
- Maschinenbau: Vorderpfalz, Westpfalz, Eifel und Mosel
- Chemische Industrie: Vorderpfalz
- Biotechnologie: Rheinhessen
- Medizintechnik: Koblenz/Mittelrhein, Westerwald
- Logistik: Koblenz/Mittelrhein, Rheinhessen, Vorderpfalz, Eifel, Trier.

Getrieben durch sich verändernde Mobilitätsinteressen und den notwendigen Wandel der Antriebstechnologien sind die **Transformationsprozesse schon heute besonders stark in der Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern** zu spüren. Rheinland-Pfalz ist durch viele erfolgreiche Zulieferunternehmen in der Pfalz, an der Nahe, im Hunsrück und im Raum Koblenz/Mittelrhein von dieser Entwicklung betroffen.

Erste Erkenntnisse möglicher Ansatzpunkte kann das Förderprogramm "Dekarbonisierung in der Industrie" des Bundesumweltministeriums liefern. Mit diesem Programm sollen schwer vermeidbare, prozessbedingte Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen wie Stahl, Zement, Kalk und Chemie durch den Einsatz innovativer Techniken möglichst weitgehend und dauerhaft reduziert werden. Beim Einsatz von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien wird die Herstellung von **grünem Stahl** ermöglicht. Innovative Projekte wie diese sollen auch als Vorbilder dienen und als Multiplikatoren auf die ganze Branche ausstrahlen. Auch **rheinland-pfälzischen Gießereien** sollten die dort gewonnenen Erkenntnisse zugänglich gemacht werden.

Wir begrüßen die Initiativen und Maßnahmen der Bundesregierung im Kontext des Konjunktur- und Zukunftspakets vom Sommer 2020, der Konzentrierten Aktion Mobilität und des **Transformationsdialogs Automobilindustrie**. Unser Ziel ist, die dort bereit gestellten Mittel auch für die Umsetzung der Transformation in Rheinland-Pfalz zu nutzen. Dabei sollten innovative Projekte, wie Test- und Forschungseinrichtungen zum autonomen Fahren vorrangig berücksichtigt werden. Bei der Verteilung der Fördermittel wollen wir rechtzeitig rheinland-pfälzische Interessen einbringen und so sicherstellen, dass auch ländliche Räume hinreichend berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sie auf die mittelständisch geprägte Struktur unseres Landes zugeschnitten werden, damit sie den Transformationsprozess bestmöglich unterstützen können.



10. Wasserstoff und Chemieindustrie

Was wir wollen:

- Eine umfassende rheinland-pfälzische Wasserstoff-Strategie für den Verkehrs- und den Industriebereich, unterstützt aus Mitteln des Bundes.
- Die dazu notwendigen Infrastrukturmaßnahmen incl. des **Ausbaus eines eigenen Wasserstoff-Netzes**, insbesondere für hochreine Anwendungen im Bereich der chemischen Industrie.
- Die umfassende Nutzung von „**grünem**“ **Wasserstoff** sowie übergangsweise die Nutzung von anderen CO₂-neutralen („blauen“ oder „türkisen“) Wasserstoffen.
- Der Aufbau und die dauerhafte Erhaltung einer klimaneutralen, dem Verbraucher- und dem Arbeitnehmerschutz verpflichteten und wirtschaftlich erfolgreichen **Chemieindustrie als unverzichtbaren Teil unserer Industriegesellschaft**.
- **Länderübergreifende Kooperationen**, etwa im Wasserstoff-Verbund Baden-Württemberg/Saarland/Rheinland-Pfalz.
- Die Berücksichtigung der führenden Umwelt- und Sozialstandards der deutschen chemischen Industrie in der Entwicklung und Umsetzung der neuen **Chemikalienstrategie der EU** als Teil des „Green Deals“.

In die Transformation bringen wir die Expertise des Innovationsstandorts Rheinland-Pfalz, der über großes Know-how in der Fahrzeugindustrie, aber auch der Chemie- und Pharmaindustrie sowie im Bereich Industrie 4.0 oder Künstliche Intelligenz verfügt, ein.

Wichtiges Element bei der Transformation hin zu klimaneutralem Wirtschaften ist die **breite Nutzung von Wasserstoff** als Energieträger, Energiespeicher und Industrierohstoff. Klimaneutraler Wasserstoff kann fossile Energieträger mit hohen spezifischen CO₂-Emissionen besonders dort ersetzen, wo eine direkte Verwendung von regenerativ erzeugtem Strom technisch sehr aufwendig oder sehr unwirtschaftlich wäre. Um den dafür erforderlichen Strombedarf abzudecken, ist der konsequente Ausbau der regenerativen Stromerzeugung im Land, insbesondere von Windenergie und Photovoltaik, unabdingbare Voraussetzung. Mit der Entwicklung von Technologien für Erzeugung, Transport und Einsatz von grünem Wasserstoff wird der Technologiestandort Rheinland-Pfalz innovativ und zukunftsfest.

Die **Chemische Industrie** steht in den Veränderungsprozessen vor besonderen Herausforderungen. Vor allem in der Herstellung von Grundstoffen wie Ammoniak entstehen CO₂ und andere Treibhausgase in Prozessen, deren Anlagen von Grund auf neu errichtet werden müssen. Cracker müssen an bestehenden Standorten aufwendig umgebaut und elektrifiziert werden. Die notwendige Dekarbonisierung muss weiterhin durch den Bund gefördert werden. Chemieanlagen brauchen für eine treibhausneutrale Zukunft ohne Rohölbasis eine **neue synthetische Zukunft**. Dabei spielt die Wasserstoffnutzung eine zentrale Rolle. Wo eine unmittelbare Elektrifizierung aus erneuerbaren Quellen nicht möglich ist, muss Wasserstoff eingesetzt werden, um die Klimaziele zu erreichen, insbesondere in der Industrie und im Verkehr. Die Produktion von **synthetischem Methan oder synthetischem Kraftstoff** wird damit möglich und gibt Chemieanlagen eine Zukunft als Produzenten für flüssige Kraft- und Brennstoffe im Langstrecken- und Schwerlastverkehr.